

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 202 - 207
Zel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Berlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 202 - 207

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Eisenpakt vor dem Reichstag.

Beeinflussung der Handelspolitik. - Staatliche Kontrolle ist notwendig!

Der Auswärtige Ausschuss und der Handelspolitische Ausschuss des Reichstags beschäftigen sich heute in gemeinsamer Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Perltius (S.) mit dem deutsch-französisch-luxemburgischen Eisenpakt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gab zunächst einen historischen Überblick über die Entstehung des Eisenpaktes und fuhr dann fort: Der Eisenpakt zerfällt in zwei Teile, das Abkommen über die internationale Rohstahlgemeinschaft und das Kontingentsabkommen über die Einfuhr aus Luxemburg und Lothringen.

Auf dem Weltmarkt ist daher in den Eisenpakt die Bestimmung aufgenommen worden, daß für jede von den Vertragsländern erzeugte Tonne Roheisen ein Dollar in eine Ausgleichskasse zu zahlen ist, eine Leistung, die den Weltmarktpreis ohne weiteres um einen Dollar pro Tonne steigen lassen müßte.

Der Vertrag ist auf fünf Jahre abgeschlossen, jedoch sind mehrfach vorzeitige Kündigungsmöglichkeiten vorgesehen. Der Beitritt zur internationalen Rohstahlgemeinschaft ist anderen Ländern ausdrücklich vorbehalten.

Das Kontingentsabkommen ist zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg abgeschlossen worden. Es werden insgesamt 0 1/2 Proz. des deutschen Inlandsabfahres an Walzwerkprodukten von den deutschen Eisenverbänden zu den deutschen Vereinen übernommen.

Die Verhandlungen sind ausschließlich zwischen den privaten Interessenten geführt und abgeschlossen worden. Eine andere Einstellung ist bei der Natur und der Tragweite solcher Verhandlungen nicht möglich.

Seine Regierung kann die Verantwortung für die Einzelheiten solcher Abmachungen übernehmen. Die deutsche eisenverarbeitende Industrie hat aber die Regierung dauernd über alle Phasen der Verhandlungen informiert.

Die deutsche Regierung hat die Genehmigung zu der Vereinbarung an die Bedingung geknüpft, daß in das Abkommen der eisenverarbeitenden Industrien Möglichkeiten eingebaut werden, die einen Druck auf die französische Regierung für die Herabsetzung der Zölle gegenüber den eisenverarbeitenden Industrien sicherstellen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Bestimmung des Kontingentsabkommens hinweisen, wonach das Abkommen mit Frankreich vom 1. April 1927 ab jederzeit mit drei Monaten kündbar ist, solange ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich nicht besteht.

Der Eisenpakt sieht die Niederschlagung der bisher geltenden Zölle für Eisenprodukte aus der Saar und ihren Ersatz für die Dauer des Eisenpaktes voraus. Die Niederschlagung und der Ersatz dieser Zölle wurde durch Verhandlungen von Regierung zu Regierung erreicht, die die Zustimmung sowohl des Reichsrats wie der Reichstagsausschüsse gefunden haben.

Wir müssen anerkennen, daß alle Beteiligten einmütig anerkennen müßten, daß die Regierung bei der durch die neue Grenzziehung geschaffenen Lage nicht anders konnte, als ihrerseits die Verhandlungen der französischen und deutschen Industrien zu fördern und sich dem Abschluß des Eisenpaktes in der jetzigen Gestalt nicht zu widersetzen.

Ein großes Gebilde wie die internationale Rohstahlgemeinschaft kann natürlich Gefahren für den Verbraucher wie für den Arbeiter, überhaupt für die Gesamtwirtschaft bergen.

Damit ermächtigt der Regierung die Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit, um jeden Versuch des Mißbrauchs zu erkennen und im Keime zu ersticken.

Weiterhin ist nicht zu verkennen, daß ein internationaler Pakt von der Kraft und Größe der Rohstahlgemeinschaft nicht nur wirtschaftlich, sondern in höchstem Maße auch soziale Bedeutung hat. In der Presse der Arbeitnehmer ist wiederholt zum Ausdruck gekommen, die internationalen Ausgleichskasse könne einen Fonds bei Lohnstreitigkeiten bilden. Wir ist dieser Standpunkt nicht recht verständlich, denn wie ich schon bei der Darstellung des Inhalts des Eisenpaktes betont habe, die deutsche Eisenindustrie, aber auch der deutsche Eisenverband, haben ein starkes Interesse an der Hebung der Weltmarktpreise für Eisen und an der dadurch hervorgerufenen Verminderung ausländischer Dumpings, die auch eine Erhöhung der Konkurrenzverhältnisse für die ausländischen eisenverarbeitenden Industrien im Gefolge haben muß.

Summen können eine maßgebende Bedeutung als Fonds bei Lohnstreitigkeiten nicht besitzen. Sollte - und ich bin fest überzeugt, daß der deutsche Teil in der internationalen Rohstahlgemeinschaft die erforderliche Rücksicht auf andere Interessen nehmen wird - wider Erwarten die Gesamtheit der Rohstahlgemeinschaft wesentliche Interessen der Allgemeinheit verletzen, so stehen den Regierungen die Mittel genügend zur Verfügung, um Auswüchse mittels der nationalen Gesetzgebung oder im Benehmen mit den sonst beteiligten fremden Regierungen zu bekämpfen.

Wissel (Soz.):

Was der Minister gesagt hat, war mehr oder weniger bekannt. Erfreulich neu war nur die Art, wie er von der französischen Regierung gesprochen hat. Sie läßt uns herzhafte Beziehungen zwischen den beiden Regierungen schließen. Ueber Nebenabreden, die doch offenbar neben dem Eisenpakt getroffen worden sind, hat uns der Minister nichts gesagt. Die gemeinsame Kasse weckt mancherlei Bedenken. Es werden in sie 25 bis 30 Millionen Mark vierteljährlich einfließen, und es besteht offenbar keine Bestimmung darüber, daß diese Summen nicht auch zu Kampfmassnahmen gegen die Arbeiterschaft mißbraucht werden könnten.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius erwidert dem Beredner kurz.

Ab. Stöcker (Komm.) nennt die Wirkung dieses Paktes produktionserschwerend und die Ausgleichskasse eine Streikabwehrkasse.

Abg. Dr. v. Kaumer (D. Sp.) betonte, daß die eisenverarbeitende Industrie früher unter dem Dummig sehr stark gelitten habe. Eine Befreiung der Zölle wäre ein für den Fortbestand der Industrie unerträglicher Lösungsversuch gewesen.

„Ja dementiere mir!“

Verlag und Redaktion der „D.Z.“ erklären . . .

Ueber die finanzielle Dauerunterstützung der „D.Z.“ hat die Reichsregierung gestern endlich die im Morgenblatt veröffentlichte Erklärung abgegeben, in der zu gestanden wird, daß die Zeitung auf das Reich übergegangen sei und daß die dadurch für das Reich entstehenden Ausgaben aus den Dispositionsfonds des Kanzlers und des Außenministers gedeckt werden.

Gleichzeitig mit der Wiedergabe dieser Regierungserklärung veröffentlichten nun Verlag und Redaktion der „D.Z.“ die folgende Erklärung:

1. Von finanziellen Zusammenhängen zwischen Zeitung und amtlichen Stellen oder von irgendwelchen Verbindungen an solche Stellen war uns bisher nichts bekannt.

2. Niemals ist die freie Meinungsäußerung der Redaktion von irgendeiner Seite unterbunden oder beeinträchtigt worden.

3. Selbst politische Gegner, unserer Seite haben bis zur Stunde der Redaktion beschneigt, daß sie ohne Rücksicht auf den Besitzwechsel nach dem Tode von Hugo Stinnes an ihrer politischen Linie eines überparteilichen Blattes unbeirrt festgehalten hat. Die Redaktion ist daher berechtigt, Anwürfe gegen ihre journalistische Meinungsfreiheit und ihre politische Ueberzeugungstreue - wie sie mehrere Berliner Zeitungen andeuten oder sogar aussprechen - als Verleumdungen zurückzuweisen.

„Verlag und Redaktion“ sind beim alten Brangel in die Schule gegangen, dessen „Ja dementiere mir!“ zum geflügeltesten Wort geworden ist.

Sie müssen doch eine ungeheure Leichtgläubigkeit bei ihren Lesern voraussetzen, wenn sie glauben machen wollen, daß dem „Verlag“ von „finanziellen Zusammenhängen“ bisher nichts bekannt war. Erstens hat diese Er-

Hilferding (Soz.):

Der Minister hat erklärt, daß er über den Werdegang dieses Paktes dauernd unterrichtet worden ist. Wir bedauern, daß er nicht das gleiche sagen kann über die Vorgänge in der chemischen Industrie, wo eine weitgehende Verflechtung mit englischen und amerikanischen Interessen vor sich geht.

Martinsen der Lat:

denn sie treiben die wirtschaftliche Entwicklung weiter. Deswegen geben wir uns über die nächsten Folgen doch keinen Illusionen hin. Jetzt dient der Eisenzoll zum Schutz der Kartelle. International organisiert ist aber das Kartell auch ohne Schutzzoll möglich. Dadurch wird die ganze Handelspolitik schwer beeinflusst. Bloßes Geschrei über Ausbeutung nach Kommunistenart nützt nichts.

Der demokratische Staat muß danach streben, daß diese neu entstehenden ungeheuren Machtgebilde unter Kontrolle gestellt werden.

Da bleibt neben der einzelstaatlichen Kontrolle die Notwendigkeit, ein überstaatliches Organ zu schaffen, das im Völkerbund ja schon gegeben ist. Politisch bewirkt der Eisenpakt eine deutsch-französische Annäherung, aber die fortschreitende Bildung internationaler Kartelle, wie z. B. eines deutsch-englischen Kohlenkartells, muß auch wieder Konfliktstoffe schaffen, und auch darum ist die Völkerbundkontrolle notwendig. Am Pakt, wie er ist, ist in erster Linie die Maschinen- und Elektroindustrie interessiert, nicht aber die anderen, die auch mehr oder weniger mit Eisen verbunden sind.

Ob es nützlich ist, daß der Eisenpakt noch vor der endgültigen Regelung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen geschlossen wurde, ist recht zweifelhaft.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden vertagte sich der Ausschuss gegen 1/2 Uhr.

Außenpolitische Debatte.

Stresemann will nicht sofort sprechen.

In der heutigen Reichstagsitzung, die nachmittags 3 Uhr eröffnet wird, beginnt die außenpolitische Debatte. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat nicht die Absicht, diese Debatte mit einer Rede zu eröffnen, sondern er ist im Laufe der Besprechung des Wort zu ergreifen, was möglicherweise erst morgen der Fall sein wird.

Klärung sehr lange gedauert, bis sie das Licht der Öffentlichkeit erstrahlte, und dann - überhaupt! Hat denn der Verlag ersticht, geglaubt, daß die regelmäßigen monatlichen Zuschüsse von 75 000 bis 90 000 M., die das wracke Schiff über Wasser hielten, vom Himmel stelen?

Das Dementi des Verlages ist also ein sehr tapfiger Versuch, mehr abzuleugnen, als seinen eigenen Interessen entspricht. Die Redaktion der „D.Z.“ ist, soweit wir sehen, bisher überhaupt nicht angegriffen worden. Es wurde nicht einmal behauptet, daß sie von den „Abmachungen“ beim Verkauf der Zeitung Kenntnis gehabt hat. Sie hat deshalb auch „unbeirrt“ ihre feindselige Stellung gegen die Regierung Preußens weiter behalten. Sie ist unentwegt volksparteilich, auch wenn sie sich selbst „überparteilich“ nennt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist ein volksparteiliches Blatt, das einseitige volksparteiliche Politik treibt. Im Falle Preußen hat sich das besonders klar gezeigt. Ob die Preußenpolitik richtig oder falsch ist, steht hier nicht zur Debatte. Ein unmöglicher Zustand ist es aber, daß das dem Reich gehörende Blatt aus Gründen reiner Parteipolitik die preussische Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien dauernd attackiert. Dazu sind die Steuergroschen wahrhaftig nicht da. Diese Verbindung der „D.Z.“ mit dem Reich ist ein behauerlicher Mißgriff, für den es keine ausreichende Entschuldigung gibt. Eine Notwendigkeit für das Reich lag unter keinen Umständen vor. Für die Befriedigung volksparteilicher Bedürfnisse aber sollten keine öffentlichen Gelder verwandt werden. Man muß verlangen, daß das volksparteiliche Geschäft unverzüglich rückgängig gemacht wird.

In diesem Zusammenhang muß auch nochmals auf die Wirkung nach außen verwiesen werden: Jede Aufhe-

...ung der „DZ“, die im Besitz des Reiches ist, gewinnt dadurch für das Ausland eine ganz andere Bedeutung, als wenn es sich nur um ein Organ irgendeiner Partei oder Interessengruppe handelte. Wenn z. B. das Blatt benutzt wird, um durch ein Interview mit dem italienischen Diktator dem System Mussolini ein Relief zu geben, so ist das gleichgültig, wenn es sich um die Privatarbeit einer Privatredaktion handelt. Nicht gleichgültig ist das aber, wenn ein Blatt des Reiches sich zu solcher Verherrlichung hergibt, die gleichzeitig einen Schlag gegen die von Mussolini und seinen Banden verfolgten und mißhandelten Sozialisten und Sozialisten enthält.

Aenderung des Pressegesetzes.

Kein Abgeordneter mehr als „Verantwortlicher“.

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der das Reichspressegesetz von 1874 dahin ändern will, daß in Zukunft als verantwortlicher Redakteur einer periodischen Druckschrift (Zeitung oder Zeitschrift) niemand zeichnen darf, der „nach geschlicher Vorschrift nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung verfolgt werden kann“. Vorläufige Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung soll unter Strafe gestellt werden.

Das Gesetz richtet sich gegen den Mißbrauch des Abgeordnetenmandats, wie er hauptsächlich von Kommunisten betrieben wird, die in ihren Blättern die wüsten Beschimpfungen veröffentlichten, aber Abgeordnete als „Verantwortliche“ vorschoben, die durch die Immunität vor Verfolgung geschützt sind.

Trotzdem bedarf der Gesetzentwurf ernstester Prüfung hinsichtlich seiner politischen Folgen. Wichtiger erscheint uns, daß endlich die angeforderte Beseitigung des Zeugniszwanges für Redakteure Gesetz wird. Aber damit hapert es noch immer.

Weimarer Koalition in Baden.

Nach einer Komödie der Irrungen.

Karlsruhe, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) In Baden wird nach einer Unterbrechung von einem Jahre die seit dem Jahre 1919 bestehende Weimarer Koalition wieder die Regierungsgeschäfte übernehmen. Nachdem die Landtagswahlen 1925 eine sichere Zweidrittelmehrheit für die Weimarer Koalition ergeben haben, traten trotzdem die Demokraten bei der neuen Regierungsbildung aus rein agitatorischen Gründen von der Teilnahme an der Regierung zurück. Sie glauben, politisch besser zu fahren, wenn sie keine Verantwortung mehr an der Regierung tragen. Der Ausfall der Gemeindevahlen hat ihnen gezeigt, daß sie falsch spekuliert hatten, denn sie erlitten besonders schwere Verluste. Im verlaufenen Jahre wurde die Regierung von den beiden Rechtsparteien der Weimarer Koalition, dem Zentrum und der Sozialdemokratie gebildet, der sozialdemokratische Innenminister Kemmerle hat bisher auch das Unterrichtsministerium vertreten.

Die Weiterführung dieses Zustandes erschien aber unserer Fraktion unzulässig. Sie und auch das Zentrum drängten darauf, daß mit Beginn der neuen Verhandlungen die Regierungsfrage endgültig geregelt werde. Die mehrere Wochen sich hinziehenden Verhandlungen drehten sich zunächst um den Wiedereintritt in die Regierung. In den Besprechungen mit dem Zentrum verlangten sie die Überlassung des Unterrichtsministeriums, was jedoch von der Fraktion strikt abgelehnt wurde. Die Verhandlungen über die Bildung der Weimarer Koalition zerfielen sich jedoch, weil die Demokraten nur feilschen wollten, wenn die Deutsche Volkspartei mit dabei sei. Es wurde sodann auf der Basis der Bildung der Großen Koalition weiter verhandelt, die von unserer Partei im letzten Jahre abgelehnt worden war. Die Verhandlungen führten aber ebenfalls zu keinem Ergebnis, weil sowohl die Demokraten wie auch die Deutsche Volkspartei je einen Ministerposten verlangten, obwohl nur ein Ministerposten frei war. In letzter Stunde

lehnten die Demokraten die Schaffung eines zweiten Staatsrates an Stelle eines Ministers ab. Es wurde daraufhin allein mit der Deutschen Volkspartei verhandelt, die zahlenmäßig stärker ist, als die Demokraten und deshalb den stärksten Anspruch auf den Ministerposten hatte.

Der Landesausschuh unserer Partei verhandelte Montag nachmittag gemeinsam mit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion über die Frage der Teilnahme der Sozialdemokratie an einer Regierung mit der Deutschen Volkspartei. Mit großer Mehrheit beschloßen die Parteinstanzen die Teilnahme an einer solchen verstärkten Koalition. Nachdem die Lage soweit geklärt war, zerfielen sich die Verhandlungen wiederum bei der Besprechung über die zahlenmäßige Zusammensetzung des neuen Kabinetts. Erneut aufgenommene Verhandlungen führten sodann in letzter Stunde heute früh vor dem Zusammentritt des Landtags zur Bildung der Weimarer Koalition, in der das Zentrum den Finanzminister stellt, die Sozialdemokraten den Innenminister und die Demokraten den Unterrichtsminister.

Der Landtag trat heute vormittag 11/2 Uhr seinem zweiten Tagungssitzung zu. Bei der Neuwahl des Präsidiums wurde der seitherige Präsident Dr. Baumgartner (Z) wiedergewählt, ebenso der seitherige erste Vizepräsident Emil Reyer-Hedelberg (Soz.) und der zweite Vizepräsident v. Zu (Bürgl. Bg.). Heute nachmittag erfolgt die Wahl des Staatspräsidenten — es ist der Finanzminister Dr. Köhler dazu vorgesehen — und die Ergänzung der badischen Regierung.

Dauernde Rheinlandüberwachung.

Statt begrenzter Besetzung.

Paris, 23. November. (WZ.) Der Außenpolitiker des „Matin“ beschäftigt sich in einem sichtlich nicht ohne Fühlungnahme mit amtlichen französischen Stellen geschriebenen Artikel mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundesrates. Nach seiner Ansicht würde die Tagesordnung an sich die Anwesenheit von Stresemann, Chamberlain und Briand, denen sich logischerweise auch Mussolini anschließen sollte, nicht rechtfertigen, wenn nicht unter dem Deckmantel einer technischen Frage, der Frage der Militärkontrolle, die ganze europäische Politik in den Privatverhandlungen zwischen den verantwortlichen Ministern erörtert werde. Deutschland erkläre, daß es seinen Entwaffnungsverpflichtungen Genüge geleistet habe, und tatsächlich könne man sagen, daß das Ende der Militärkontrolle in Deutschland mit Riesenschritten herannahe. Nach Zurückziehung der Kontrollkommissionen aus Deutschland trete Artikel 213 des Vertrages von Versailles in Kraft; außerdem müsse auch die entmilitarisierte Zone kontrolliert werden. In beiden Fragen weigere sich Deutschland — übrigens mit Unterstützung der Engländer — in Form eines ständigen Organismus eine Kontrolle anzunehmen. Die französischen öffentliche Meinung sei einmütig der Ansicht, daß die Rolle des Völkerbundes unklar sein müsse, bevor die Überwachung der internationalen Militärkommissionen aufhören könne. Aber wenn die Erörterung jetzt juristisch geführt werde, so seien die Beweggründe, die man in Genf für eine ständige Kontrolle, die unmittelbar dem jetzigen System folgen müsse, vorbringen könne, nicht sehr stark. Neben den juristischen Formeln gebe es jedoch politische Realitäten. Die wichtigste von diesen sei, daß die deutsche Regierung seit drei Monaten mit Forderungen aufträte. Sie sei es, die bedeutende Erleichterungen des Versailler Vertrages verlange, und zwar vor allen Dingen das vorzeitige Ende der Rheinlandbesetzung.

Es fehle also, wenn man sich wirklich mit ihr über die Organisation wirksamer Kontrollmittel für die Zukunft verständigen wolle, nicht an Verhandlungsgrundlagen. Man könne, wenn man wolle, die Besetzung verkürzen unter der Bedingung, daß an Stelle der französischen Truppen von jetzt an eine ausreichende Kontrolle des Völkerbundes organisiert werde. Das sei vielleicht das einzige Mittel, um dem französischen Parlament die bestmögliche Räumung des Rheinlandes annehmbar zu machen. Diese Verhandlungen seien möglich. Sie könnten sogar fruchtbringend sein. Der französische Minister, der sie zu rechtfertigen habe, gerate nicht in

Verlegenheit mit dem Beweise, daß es besser sei, ein Regime ständiger Sicherheit an Stelle eines Besetzungssystems treten zu lassen, das ja doch auf alle Fälle in wenigen Jahren ein Ende finden müsse. Wenn ein derartiges Vorgehen vor der öffentlichen Meinung in Frankreich vertretbar sei, so sei es für jedes deutsche Ministerium unerlässlich, das seinem Lande ein Kontrollsystem schmachtlos machen wolle, das in gewissen Punkten das in den Verträgen festgesetzte Recht überschreite. Doch gingen derartige Verhandlungen leicht über die einfache technische Debatte über die Entwaffnungskontrolle hinaus. Sie seien nur möglich in der allgemeinen Erörterung über die europäische Politik, wie sie in Thoiry eingeleitet worden sei.

Die Stickstoffwerke in Chorzow.

Neue deutsch-polnische Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Angelegenheit der Stickstoffwerke in Chorzow beginnen heute in Berlin. Bevollmächtigte der beiden Staaten sind ihre früheren Vertreter in dem Prozeß vor dem Haager Schiedsgericht.

Briand-Mussolini.

Rätselraten über eine Aussprache.

Paris, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Angesichts der Veröffentlichungen über angebliche Truppensammensetzungen Italiens an der Grenze beschäftigt sich die französische Presse wieder lebhafter mit den italienisch-französischen Beziehungen und vor allem mit der Frage einer Aussprache zwischen Briand und Mussolini. Bisher hatte man geglaubt, daß diese Aussprache im Rahmen der Genfer Tagung des Völkerbundes stattfinden könnte. Jetzt erfährt man, daß Mussolini aller Voraussicht nach Italien bei dieser Tagung des Völkerbundes nicht vertreten wird. Er hat Chamberlain und Briand offiziös wissen lassen, daß es ihm im gegenwärtigen Augenblick schwer falle, Italien zu verlassen. Hingegen verläßt, daß Mussolini demnächst an Briand mit einer Einladung herantreten wird, um sich in einem italienischen Grenzstädtchen, wahrscheinlich Stresa, zu begegnen. Diese Zusammenkunft auf italienischem Boden soll allerdings erst für die Zeit nach der Genfer Tagung in Aussicht genommen sein. Von den amtlichen Stellen wird einwinkend erklärt, ein solcher Vorschlag sei nicht bekannt, doch würde Briand selbstverständlich einer italienischen Einladung Folge leisten.

Bucharin Sinowjews Nachfolger.

Das Effi sagt.

Moskau, 23. November. (WZ.) Die siebente erweiterte Vollversammlung des Volksgauschusses der Kommunistischen Internationale wurde im großen Saale des Krem in Anwesenheit der Vertreter von 53 Ländern eröffnet. Bucharin hob in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung der chinesischen Ereignisse und des Kampfes der englischen Bergarbeiter für die internationale revolutionäre Bewegung hervor. Nach den Begrüßungsansprachen der Vertreter des Kuomintang, der kommunistischen Parteien Chinas, Indonesiens, Englands und anderer Gruppen, beschloß die Versammlung einstimmig, Sinowjew seinem Geluche entsprechend und gemäß den Beschlüssen aller wichtigen Abteilungen der Kommunistischen Internationale vom Borsky und von der Arbeit in der Kommunistischen Internationale zu entbinden.

Der wiedererstandene Spartakusbund hat in Göttingen am Sonntag seine erste Reichskonferenz abgehalten. Pfanzer und Kog ergriffen sich in scharfen Reden gegen alles Bonzenhum, wobei Kog Kog Sowjetrußland als einen „kapitalistischen Reppstact“, die R.D. als „russische Fremdenlegion“ bezeichnete. Wie man sieht, strebt das bedeutungslose Häuflein der unermüdeten Sonderlinge, das mit dem alten Spartakusbund nicht mehr als den Namen gemein hat, wenigstens danach, das politische Schimpflegion seiner früheren Freunde zu erweitern.

Sketch und Operette.

Erstaufführungen in der Städtischen Oper.

Kein großer Abend. Der innere Kontrast der beiden aufgeführten Werke dabei so riesenhaft, daß man zugleich die Verlogenheit der gesamten Opernproduktion einatmet. Wertwürdig, welsch dankbare Aufgaben Bruno Walter seinem sehr tüchtigen Kollegen Fritz Zweig anvertraut. Auch ein Gott kann aus dem „Zwerg“ von Alexander von Zemlinsky keinen Riesenerfolg herausholen. Dieser österreichische Charakterkopf hat einen starken Blick für Bühnenwirksame Momente, er hat das Gefühl für Stimmstände, Steigerungen, für das Aufeinanderplayen von Gemüt und Brutalität. Fast scheint es, als läie er wöllig auf dem Boden bedauerter menschlicher Entartung. Er läßt Effekte von packender Größe aufblitzen, die er spielerisch vorbereitet, um den Effekt zu erhöhen. Der Augenblick erschütterte, aber die Seele friert. Dabei bewegen wir uns in der Partitur des Elektrikers Zemlinsky in kultiviertem musikalischem Hochland. Der Komponist hat noch ein Herz für die Singstimme, für Melodie Wagnerischer Prägung. Hören wir nicht ganz leise Klänge der Todwärtung, das Melos der Sieglinde, den Gesang der Blumenmädchen? Die rhythmische Zehnung des Brotestes und des Lieblichen offenbart einen Mann der Lieberatzentulierung, doch voll ehlicher Empfindung. Thematische Varianten erweisen den Koloriten, der mit Schreier große Keschlichkeit hat. Aber das Unglück dieser Mißsprache will es, daß man Schöpfer und Epigone nicht mehr von einander unterscheiden kann, daß es eine Art Russifizieren gibt, die jedem begabten Handwerker zuwächst, auch wenn er nur von außen her deuten, illustrieren, charakterisieren kann. Die Fingerzeige puntiert diese Noten hin, keine Faust schreibt, kein deutlich persönlicher Zug findet gut Erfundenes in großen Linien zu einem organischen Ganzen. So steuert die Musik Zemlinsky nach schon gelungenen Ansätzen, nach musterhaft deklamierten Intermezios über das grausig schöne Solo des Zwergen hinweg zu einem einzigen großen Sketch hin, jener Szene, in der ein von Natur gräßlich verpushtes Behewesen sich selber im Spiegel als Ausgeburt von Dred und Hölle erkennt. Hier ist Wirkung, hier Theater und hier wird auch der musikalische Ausdruck gewollt. Aber auch das Entleeren, das nicht zu den wesentlichen Motiven musikalischer Wirkung gehören soll. Denn dieser höhlliche Mann, dessen Tragik uns „Die Gezeichneten“, „Die toten Augen“, „Das Spielwerk der Prinzessin“ schon genügend vorgespielt haben, geht an einer Unanständigkeit, an einer Schamlosigkeit zugrunde. Das Ethos von der Menschenverbrüderung bekommt tödlichen Stoß. Und was in der Wildschens Roselle noch mild klingt, wird hier zur wilden Hergolterei. Der Gütige, Lebende geht schuldlos zugrunde und das schnippische Backfischchen triumphiert. Dieser Backfisch hieß Lotte Schöne. Aber man glaubt ihrer Geipreizeit keinen Ton. Sie wäre geboren für Ghitia, die menschliche Joze, die Elsa Jülich-de Bogt warnherzig verkörpert. Das Ganze hätte auf den Ton einer Puppentheater zugewandelt werden müssen. Unter den Darstellern der einzig Lebende: Destvie, eine psychopathologische Studie, ein Imbezillier, ein Kreml mit typischer Haltung des angeboren Rückenmarkstranken. Sein Spiel, häßig, ele-

mentarierend, boshaft zugleich und werbend, sein Sterben wunderpöhl in der endlichen Erlösheit des seelischen und körperlichen Leidens. Die Stimme gedrückt, eng (vielleicht bedingt durch die unnatürliche Gsangart).

Nach einer Pause eine sogenannte Phantastie mit Musik, „Der letzte Jaun“ von E. R. Maude. Der Name klingt französisch. Aber der Komponist ist in der Welt deutscher und österreichischer Operette heimisch. Der Dreiviertelakt herrscht anmutig vor. Maude in Germany — möchte man sagen. In einer nicht gerade zulänglichen Choreographie von gestern wurde das Allzulängliche schwaches Ereignis. Brimtos Handlung, primitive, gut klingende Oberflächendunst, die an Apollon und Kolo-Theater erinnerte. Lizzy Kaudrik und Ferny Snow traten als Solotänzerinnen elegant und witzig hervor. Fritz Zweig deutete an den Werken das, was gut war, eindrucksvoll nach. Kurt Singer.

Reichsbanknoten-Wettbewerb.

Das Reichsbankdirektorium will neue Scheine herausbringen und hat dieshalb einen Wettbewerb veranstaltet. Die eingegangenen Entwürfe sind in der Kunstbibliothek, Prinz-Albrecht-Straße, ausgestellt; zwölf Arbeiten wurden einstimmig preisgekrönt, keine mit dem ersten Preis.

Deutschland hat eine solche Menge von Gebrauchsgraphikern, typographischen Bekehrten, Zeitschriften und Schriftgießereien, daß man zu dem Schluß auf eine Hochblüte unserer Typographie kommen mühte. Tatsache ist aber, daß unsere gangbarsten Bücher nicht in den Typen berühmter Schriftkünstler gedruckt werden, daß wir keine anständigen Briefmarken und meist ganz abscheuliche Geldscheine besitzen. Unsere Gebrauchskunst ist für Sammler und für den Papierkorb; für das Volk scheint sie nicht zu sein, und für den Gebrauch gerade in den wichtigsten und öffentlichsten Fällen auch nicht.

Man wird das angesichts der 1660 Blätter (Borber- und Rückseiten von fünf Ausgabewerten bei 168 Einwendungen) in der Kunstbibliothek einigermaßen begreiflich finden. Wenn dieser Wust von Kunstgewerlichkeiten, Packungsmustern, wild gewordenen Tapeten und sonstigen Witzionen wirklich alles darstellt, was unsere Gebrauchsgraphik zu dem Thema „Papiergeld“ zu sagen hat, dann kann sie einpacken. Raum ein halbes Duzend dieser heiligen Bemühungen befindet sich auf dem Wege zu einer Lösung, die graphisch annehmbar ist und die nicht geringen Anforderungen der Technik erfüllt. Streng genommen genügt nur der Entwurf von Willi Geyger (2. Preis), der graphisch interessant ist, und vor allem der von Arno Drescher (2. Preis), der farbig und einfallreich ist und am meisten Brauchbarkeit enthält. Man möchte hoffen, wenigstens diesen ausgeführt zu sehen; er ist besser als alles, was je aus der Reichsbank hervorgegangen ist, und nähert sich wirklich dem, was man unter guten Banknoten im Ausland zu sehen gewöhnt ist. Aber dürfen wir das erwarten? Es wird wohl irgend ein höherer Drie beliebiger Musterzeichner, Talentgruppe I—II, auch diese Gelegenheit zum Versuchen bekommen.

Und so bleiben wir überall da zur Unfruchtbarkeit verdammt, wo wir der Welt sichtbar beweisen dürften, daß wir etwas können. Dr. Paul J. Schmidt.

Aus dem klassischen Lande der Moralheuchelei. Eine große Anzahl „angelegener“ Londoner Buchhändler hat einstimmig beschlossen, die Werke der sechs bekanntesten Schriftsteller Englands zu kopiertieren. Es sind dies E. G. Wells, Shaw, Anthony Hope, Arnold Bennett, W. B. Maxwell und Sir Henry Johnstone. Zu diesen sechs Engländern gefügt sich noch Anatole France, dessen ins Englische überlebte Werke ebenfalls dem Schicksal der Zehnung verfallen. Man hat die Bücher der genannten Autoren auf Grund dieses Kopiertbeschlusses sofort aus den Auslagen der Buchhandlungen entfernt und sie in die Kellerräume gebracht, wo sie streng verwahrt werden. Die Buchhändler, die diesen befremdlichen Entschluß gefaßt haben, wollen dadurch die englische Jugend vor dem Ankauf von Büchern bewahren, die „durch ihre übertriebenen realistische Darstellung nur dazu dienen könnten, die jungen Leser sittlich zu gefährden“.

Die Wiener Ausstellung 1927. Unter dem Vorhiss des Bürgermeisters Seih fand im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderats eine Besprechung über die von Mai bis einschließlich Juli 1927 im Messepalast geplante Ausstellung statt, die dem Leben und der Kultur der Stadt Wien gewidmet sein und alle diese Gebiete möglichst anschaulich und nach den neuesten ausstellungstechnischen Gesichtspunkten darstellen wird. In der an das Referat, das von Sekretär Marek erstattet wurde, sich anschließenden Debatte erklärte Bundesminister Dr. Schürff namens der Bundesregierung, daß diese das Projekt in jeder Weise fördern wird, weil sie der Ansicht sei, daß Wien als Kongreß- und Ausstellungsort eine besondere Bedeutung habe.

„Alter und neuer Humor“ ist der Titel des Abends, den Richard Leopold auf Einladung der Goldschmiede am 26. abends, im Bürgeraal des Rathauses, Eingang Königstraße, abhalten wird. Einlaßkarten 0,60 Mark.

Die Herbstausstellung der Akademie der Künste am Pariser Platz wird am 23. eröffnet. Sie ist am 25. von 2 Uhr ab dem Publikum zugänglich.

Der „Band Deutscher Gebrauchsgraphiker“ veranstaltet vom 29. November bis zum 21. Dezember unter dem Titel „Das Buch“ seine zweite Sonderausstellung in den Ausstellungsräumen der Ernst Baschwitz K. G., Warfengasse 31. Die Ausstellung ist bei freiem Eintritt werktäglich von 10 bis 6 Uhr geöffnet.

Die Galerie Goldschmidt-Wallerstein, Schönberggasse 35a, eröffnete eine Ausstellung von Bildern des Holmalers Friedrich II., Antoine Goune (1683—1707), in der größtenteils unbekannte Werke des Meisters aus Privatbesitz vereinigt sind.

Englisches Theater Deutscher Schauspiel. Am 28., mittags 11 1/2 Uhr, findet im Schiller-Theater eine Aufführung von Oscar Wildes Komödie „The Importance of Being Earnest“ statt.

Interessengemeinschaft zwischen dem Düsseldorf Theaterhaus und dem Theater der Stadt Bielefeld. Zwischen dem Düsseldorf Theaterhaus (Generalintendant Dumont-Obemann) und dem Theater der Stadt Bielefeld (Intendant Dr. Niehoff-Obbar) ist eine Interessengemeinschaft eingegangen worden. Die beiden Theater werden im Laufe der Spielzeit mehrere Austauschspiele ihrer Ensembles veranstalten, in denen die besonders charakteristischen Inszenierungen zur Aufführung gelangen werden.

Der fahrende Konsumladen.

Bei der Rückständigkeit unserer Hauswirtschaft ist es begreiflich, daß die proletarische Hausfrau nicht viel Zeit für den Einkauf von Lebensmitteln usw. opfern kann. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß im Lebensmittelhandel der Kleinbetrieb ein viel weiteres Betätigungsfeld findet als auf anderen Erwerbsgebieten. Die Hausfrau will möglichst in der Nähe ihrer Wohnung die Einkaufsgelegenheiten haben. Sie will keine langen Wege machen. Diesem Wunsche hat ja auch die Konsumgenossenschaft Rechnung getragen, indem sie in allen Stadtteilen zahlreiche Verkaufsstellen eingerichtet hat. Da aber auch die Konsumgenossenschaft ein Wirtschaftsbetrieb ist, der Arbeiten mit Verlust vermeiden muß, ergaben sich bei der Verfertigung der Außenbezirke Schwierigkeiten. Es bestand bei den meistens recht dünn besetzten Gebieten keine Gewähr für die Rentabilität der dort zu errichtenden Verkaufsstellen. Um aber den Anhängern des Genossenschaftsgedankens Einkaufsmöglichkeiten zu geben, errichtete der Konsum fliegende Verkaufsstellen. Wagen, die die gangbarsten Waren mit sich führen und auf Bestellung auch andere Waren liefern, durchfahren nach einem bestimmten Fahrplan diese Siedlungen und dünn bevölkerten Gegenden. Die Hausfrau kann also damit rechnen, daß die Wagen an einer bestimmten Stelle zu einer bestimmten Zeit erscheinen. Sie kann ihre Arbeits- und Zeiteinteilung entsprechend vornehmen und ohne nennenswerte Schwierigkeiten ihre Einkäufe beim Konsum besorgen. Selbstverständlich ist diese Einrichtung nur ein Behelf. Das Vorgehen der Konsumgenossenschaft beweist, daß ihre Leitung tatkräftig den Genossenschaftsgedanken zu fördern bestrebt ist. Möge es ihr gelingen, ihre Mitgliederzahl durch beste Bedienung, durch die Abgabe von Qualitätswaren und geschickte rührige Werbung so zu steigern, daß sie das Reich ihrer Filialen ständig erweitern kann.

Der Liebestod.

Eine seltsame Vergiftungsaffäre in Stahnsdorf.

Eine geheimnisvolle Vergiftungsaffäre beschäftigt zurzeit die zuständigen Polizeibehörden von Stahnsdorf. Der bei einer Automobilfirma in der Hauptstraße zu Stahnsdorf beschäftigte 23jährige Chauffeur Hans Lehmann wurde in seinem neben der Werkstätte liegenden Schlafraum zusammen mit der 18jährigen Tochter Maria des Bäckermeisters Ziegenhagen tot aufgefunden. Ein großer Wachhund lag ebenfalls verendet zu den Füßen des toten Paares. Wir erfahren hierzu folgende Einzelheiten.

Der Chauffeur Lehmann hatte mit der Tochter des Bäckermeisters Ziegenhagen, der ebenfalls in der Hauptstraße wohnt, ein Liebesverhältnis. Seitern erobert entfernte sich die Tochter unter irgendeinem Vorwand und traf sich mit Lehmann. Als die Tochter nicht heimkehrte, schöpften die besorgten Eltern Verdacht und begaben sich auf die Suche nach der Vermissten. Die Spur führte zu den Automobilwerkstätten, wo Lehmann seine Schlafstelle hatte, und wo man die Tochter vermutete. Kurz nach 7 Uhr wurde dann die furchtbare Entdeckung gemacht. Die beiden jungen Leute lagen tot nebeneinander. Der sehr nachsichtige Hund war ebenfalls getötet worden. Allem Anschein nach liegt Mord und Selbstmord vor. Lehmann hat vermutlich ein noch unbekanntes Gift in ein Getränk oder in eine Speise getan, das den Tod beider bewirkte. Es erscheint so gut wie ausgeschlossen, daß ein gemeinsamer Selbstmord vorliegt. Eine Gerichtskommission begab sich heute mittig nach Stahnsdorf, um den Vorfall in allen Einzelheiten aufzunehmen. Wahrscheinlich wird durch den Berliner Gerichtsarzt eine Obduktion der Leichen vorgenommen werden müssen.

Großdachstuhlbrand in Wilmersdorf.

Heute mittig kurz nach 1 Uhr wurden fünf Löschzüge der Feuerwehr nach der Johann-Georg-Straße 1/2 alarmiert, wo der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen stand. Unter Leitung der Bauwärte Spohn und Berg wurde das Feuer mit Rohren größten Kalibers angegriffen. Bei Reduktionsschluß waren die Löscharbeiten noch nicht zum Abschluß gelangt.

Kirchensteuer-Veranlagungen und kein Ende!

Man schreibt uns: Die Kirche hat immer noch einen guten Magen. Obwohl ich bereits dreizehn Jahre aus der evangelischen Kirche ausgetreten bin, danke ich im Juni dieses Jahres eine Einschätzung zur Kirchensteuer vom Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden Groß-Berlins. Ich habe den Leuten geschrieben, daß die Einschätzung nicht anerkannt wird und stelle anheim, mir zu beweisen, daß ich jemals Verpflichtungen der katholischen Kirche gegenüber gehabt hätte. Das wäre nämlich entschieden interessanter gewesen, als wenn ich dem katholischen Kirchenverband durch Vorlegung meiner Austrittsbescheinigung bewiesen hätte, daß ich aus der evangelischen Kirche ausgeschieden bin. Nach vier Monaten schickte der Gesamtverband ein vordrucktes Formular, in dem mitgeteilt wurde, daß mein Name in die „katholische Soll-Liste“ verzeichnet ist. Ich habe dem Gesamtverband die katholische Kirchensteuer bezahlt. Nun war doch wohl alles in Ordnung. Aber am 20. dieses Monats überbrachte mir der Briefträger vom Finanzamt Charlottenburg einen Mahnzettel, in dem ich aufgefordert werde, nun endlich einmal meine katholische Kirchensteuer zu bezahlen. — Was ist da nun zu machen. Dem Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden oder dem Finanzamt zuliebe in die katholische Kirchengemeinde einzutreten, habe ich keine Lust. Allerdings hätten diese beiden Behörden einen Vorteil davon: ihre Bücher würden dann endlich einmal stimmen. Ich halte es aber doch für besser, meine alte Überzeugung zu behalten, und daß ich es dem Gesamtverband und dem Finanzamt überlasse, wie sie ihre Steuerbücher in Uebereinstimmung bringen wollen. Der Abwechslung halber hat man am 18. d. M. meine Ehefrau zur Kirchensteuer für die evangelische Kirche veranlagt. Sie soll vierteljährlich 5,35 M. dafür bezahlen, daß sie in ihrem Leben noch nie in einer kirchlichen Gemeinschaft gewesen ist.

Hätte ein privater Geschäftsmann in seinen Geschäftsbüchern eine solche heillose Unordnung, wäre ihm schon längst der Staatsanwalt auf den Hals gekommen. Die Kirchenbehörden können sich das leisten.

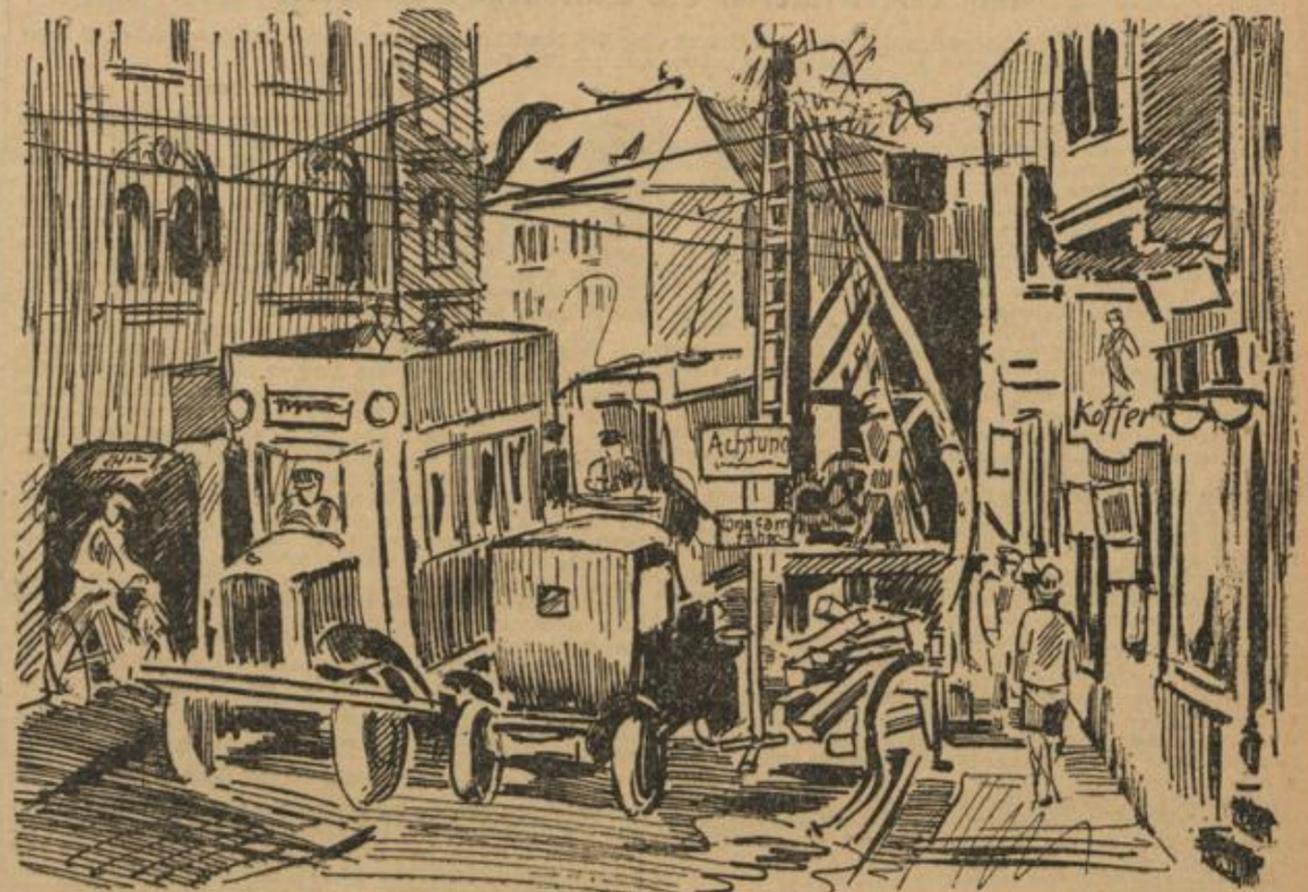
14 Güterwagen schwer beschädigt.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich heute früh kurz nach 4 Uhr auf dem Güterbahnhof Riedersdörferweide-Johannisthal. Der Güterzug 6936 fuhr in das besetzte Gleis 21 und prallte mit großer Wucht auf fünfzehn dort stehende Güterwagen. Vierzehn Wagen wurden schwer beschädigt und zum Teil zur Entgleisung gebracht. Eine genaue Untersuchung ist im Gange. Die Aufhebung der umgestürzten Gütermoggons dauerte bis in die Nachmittagsstunde hinein.

Das republikanische „Aergernis.“

Der Potsdamer Platz ist bekanntlich eine Idylle des Haltenkreuzwegs geworden. Zwei Händler mit Farnetreibhühnern bieten dem keineswegs erfreuten Publikum völkische Journalistik an bewacht von einer Reihe Wasserhähner Gestalten, die mit dem Hitzelzeichen im Schilde „erwachendes Deutschland“ markieren. Seit einigen Tagen steht auf dem Potsdamer Platz ein Reichsbanner-Tornerad, der Witzes Zeitschrift „Deutsche Republik“ verkauft. Nun ist die Hölle los. Seltsamerweise wird der Republikaner nicht nur von den Haltenkreuzkrollen belästigt, sondern auch von den dienftuenden Polizeibeamten in einer Weise schikaniert, die System zu sein scheint. Wir haben vor kurzem schon dagegen protestieren müssen, daß ein Beamter auf die Denunziation

Eingang zur Unterwelt - Münzstraße.



Zwei vorstufliche Ungehener sind in der Münzstraße, nach der Schönhauser Straße zu, aufgebaut, und empfangen den ahnungslosen Passanten mit Haken, Hämmer und Säge. Zwei Dampftraktoren beim Bau der U-Bahn reden ihre eisernen Eisenbögen weit über den Gehsteig. Kengstlich quersuchen sich die Passanten durch die schmale Gasse, die ihnen geblieben ist. Aber die Polizei sorgt für Ordnung. Ein Schupmann eilt eifrig von Straßenseite zu Straßenseite und schreit unter rücksichtsloser Inanspruchnahme seiner Stimmbänder: „Weitergehen! — nicht stehen bleiben! — weitergehen!“ usw. Diese Aufforderung ist tatsächlich angebracht. Denn ständig herrscht in der schmalen, hohen Gasse ein schier unentwirrbares Gedränge aller Arten von Fahrzeugen. Verbogene Koffel und verschrammte Verkaufsstellungsmedaillen an Geschäftswagen sind täglich in Hülle und Fülle zu bewundern. „Weitergehen! — nicht stehen bleiben!“

Wer sich von der toten Asphaltfläche der Großstadt zur Mutter Erde zurückzieht, lenke seine Schritte hierher. Lehmann, Kies und Sand decken dort hehrlich den toten Stein und schaffen die Illusion einer russischen Landstraße. Hauten von Rasten und Brettern laden zu glederfährten Kletterpartien ein. Als und zu bläst eines der schwarzen Ungehener heißen Dampf von sich, — — Quälen, Fluchen des ahnungslosen Publikums.

Uebrigens sorgt die Bauleitung, seit dem Fiasto mit der zusammengebrochenen Dampftramme, die bekanntlich auf einen Autobus stürzte, für ihren Ruf. Energetisch holen die Bauleiter, unter Aufsicht der Schupo, Zeichner und Photographen aus den verdecktesten Hauseingängen hervor und verweisen sie im Feldwebelton von diesem Schlachtfeld der Arbeit.

Es ist aber nicht recht ersichtlich, weshalb man zu solchen Maßregeln greift, wenn man nichts zu verbergen hat.

eines Nationalsozialisten hin den republikanischen Verkäufer vom Platz megholte, angeblich weil er den „Verkehr behindere“. Am gestrigen Montag traten zweimal je zwei Schupobeamte an den „Republik“-Händler heran und sagten ihm: „Sie müssen unbedingt weg. Wenn der Hauptmann kommt, müssen Sie doch fort. Dafür werde ich sorgen“. Dies, trotzdem der Händler ordnungsgemäß über einen Gewerbebescheinigung verfügt. Ueberaus loyal dagegen verfährt man mit den völkischen Krakeelern. Es ist schon ein Skandal, wenn sich diese Burken erdreisten, das vorübergehende Publikum anzurempeln. Der völkische Händler hat die nette Angewohnheit, hinter jedem verdächtigen Gesicht als „Juden“ und „Judenengel“ heruzuschimpfen, und den Ausruf des Händlers der „Deutschen Republik“ in „Judenrepublik“ umzubilden. Diese Regel ist schon, als zwei Polizeibeamte in unmittelbarer Nähe des Mannes standen. Die republikanischen Beamten reagierten unverständlicherweise nicht auf diese dreifache Beschimpfung der Staatsform. Als ein Passant sich mit Recht über die Lämelle entrüstete und den einen Beamten erwiderte, einzuschreiten, erwiderte dieser schroff: „Nischen Sie sich nicht in meine Angelegenheiten!“ Es muß dringend verlangt werden, daß man auch den republikanischen Händler hier ungefähr verkaufen läßt.

Berliner Madrigalvereinigung.

Das Bezirksamt Charlottenburg veranstaltete im Schillerpark, Charlottenburg, ein Konzert der Berliner Madrigalvereinigung. Unter Leitung von Frau Bindemann bot der prächtig gekleidete Chor eine künstlerische Leistung ersten Ranges. Das sorgfältig gewählte Programm, das diesem ganz eigenartigen, nicht alltäglichen Chorgesang voll und ganz Rechnung trug, enthielt Vieder von Proetorius, Orlando di Lasso, Monteverdi, Arnold Mendelssohn und anderen Meistern. Drei Madrigale von Monteverdi, in italienischer Sprache gesungen, wirkten ganz besonders schön durch die sprachliche Melodie, die sich in ihrer farbigen, schmiegsamen Klangschönheit mit der Musik zu einem Ganzen verbindet. Auch die Mendelssohnschen Madrigale (Worte aus Goethes „Werthers Leiden“) fesselten durch die geschmackvolle musikalische Untermalung der Worte und die ausgezeichnete gefangliche Wiedergabe. Diese Art des Chorgesanges wirkt ungemein schillernd durch die Verschiedenartigkeit der Stimmenverteilung, wobei die Stimmen nach allen Richtungen ungemein verhalten, um sich nach und nach zu einem gemeinsamen Schlusssatz zu vereinen. Es ist eine stark betonte sprachliche wie gefangliche Rollenverteilung, bei der das Thema, also der Ausdruck der Empfindung des Liedes, vollkommen zur Geltung gelangt. Der gut besuchte Saal spendete den Sängern und vor allem dem Dirigenten herzlichsten Beifall.

Wieder eine falsche Selbstbeschuldigung.

Mit der Beschuldigung, im vergangenen Monat seine in Erziehung lebenden Eltern im Streit erdroffelt zu haben, stellte sich ein Arbeiter Karl H. dem Kriminalkommissar vom Dienst im Polizeipräsidium. Nachfragen und Ermittlungen ergaben alsbald, daß der Mann phantasiert hat. Zu der Zeit, als er das Verbrechen begangen haben wollte, lag er wegen Landstreichens in Fuchsbüchel. Als ihm die Unrichtigkeit seiner Selbstbeschuldigung nachgewiesen wurde, erklärte er, es sei ihm doch so gewesen, als ob er mit den Eltern Streit gehabt und sie umgebracht habe.

Zwei Opfer der Bootskatastrophe geborgen.

Brandenburg a. d. H., 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Den Bemühungen des Potsdamer Reichsmassenschiffes ist es heute vormittag gelungen, die Leiche des 19 Jahre alten Stellmachers Georg Brincke, Berlin, Buchstr. 8, zu bergen. Außerdem wurde noch die Leiche des 23jährigen Drehers Doppa, Brandenburg, geborgen. Der Reichsmassenschiff ist weiter bemüht, die übrigen Opfer der Bootskatastrophe zu bergen.

Eine imposante Kundgebung des Reichsbanners fand am Montag in Köpenick statt. Unter Vorantritt des Landwehrkorps und des Musikvereins „Echo“, begleitet von Tausenden, bewegte sich der Zug durch die Straßen. Die anschließende Versammlung war über-

füllt. Rust und Prolog, gesprochen von den Damen der Kameradschaft Bohnsdorf, wechselten mit turnerischen Vorführungen der Sportabteilung. Kamerad Seeger sprach über die Aufgaben der jungen Generation in der Republik. Für die Demokraten sprach Konrad Guggeling über deutsche Jugend im deutschen Reich. Die Republik, so führte er aus, ist keine Erfüllung, sondern Aufgabe. Unsere Parole lautet: Zuerst das Volk. Namens des Zentrums dankte Kamerad Grundel der Köpenicker Kameradschaft für die Duldung gegenüber Andersdenkenden. Die Reform des Rechts ist die nächste Aufgabe, woran auch das Zentrum mitwirken hat. Die Jugend kann nur in einem Staat des Rechts zu Ordnung und Unterordnung erzogen werden. Der Vorliegende konnte am Schluß der Versammlung mitteilen, daß 61 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind, was starken Beifall auslöste.

Konrad Guggeling, der von 1890 bis 1913 in Reußlän an der 11. Gemeindeschule als Lehrer im Dienste der Jugend arbeitete und dann im Ruhestand lebend als Schriftsteller seine Arbeit fortsetzte, ist im Alter von 59 Jahren gestorben. Weiteren Kreisen ist Guggeling dadurch bekannt geworden, daß er in seinem Lehramt sich bemühte, die soziale Lage der Familien kennenzulernen, aus denen seine Zöglinge kamen. Durch seine Veröffentlichungen über die Erwerbsarbeit der Kinder hat er viel dazu beigetragen, den Ausbau des gesetzlichen Kinderschutzes zu fördern.

Ein graufiger Fund wurde gestern in einem hiesigen Warenhaus gemacht. In einer abgelegenen Ecke lag ein Paket aus Karton und Packpapier, das die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Wer es hingelegt hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Die kleine Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Presse und Kriminalpolizei. Der Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der Deutschen Presse veranstaltet am 23. November einen Vortragsabend im Reichswirtschaftsrat, an dem Regierungsdirektor Dr. Weich und Hans Hyan über das Thema „Presse und Kriminalpolizei“ sprechen werden.

Aufbringung eines Alkoholschmuggelschiffes.

New York, 23. November. (M.T.B.) Ein Küstenwachschiff brachte 140 Wollen vom Ambrose-Schiff entfernt, die Hamburger Bark „Carmen“ auf. Nach Erklärungen von Regierungsgenossen soll ihre Ladung aus 100 000 Rufen Whisky bestanden haben. Die Mannschaft des Küstenwächers behauptet, das Schiff sei bewaffnet gewesen, habe jedoch keinen Widerstand geleistet. Vizemajor Billard, Kommandeur der Küstenwache von Washington, bestätigte den Empfang des Berichts. Ueber die Beschlagnahme, die weit außerhalb der Zwölfmeilengrenze erfolgte, sind nähere Einzelheiten nicht bekannt, die Beschlagnahme sei jedoch anscheinend gerechtfertigt; sie erfolgte am Freitag. Ein Offizier der Küstenwache erklärte, daß kein Befehl zur Beschlagnahme vorlag. Wie verlautet, sollte die „Carmen“ in Halifax landen. Die Lebensmittel auf der „Carmen“ waren, als sie aufgebracht wurde, erschöpft. Ihr Kapitän war früher Kapitän des deutschen Dampfers „Main“.

Eine Reichsbahnkasse um 48 000 Mark betrogen. Die Reichsbahnhauptkasse in Dortmund ist einem dreifachen Betrag zum Opfer gefallen. Am Sonnabend vormittag erlitten ein Mann, der Papiere vorlegte, auf Grund deren er eine Entschuldigungssumme in Höhe von 48 000 Mark von der Reichsbahn zu beantragen hätte. Nachdem das Geld ausgezahlt worden war, entdeckte man, daß die Papiere gefälscht waren. Der Polizei gelang es, den Schwindler zu verhaften, der über den Verbleib des Geldes bisher jede Auskunft verweigert.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

181. Ust. Reichsbanner. Unter dem Namen Reichsbanner, Charlottenstraße 62, ist anberufen. Die Einrückung findet am Mittwoch, 24. November, abends 6 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt. Hohe Beteiligung erwünscht. Junggeizige, Gruppe Lichtenberg. Heute, abends 1/8 Uhr, im Jugendheim, Poststr. 10, Gruppenbesprechung.

Die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Nach dem Material der Unternehmerverbände.

Die Unternehmer im Ruhrkohlenbergbau sind von den Gewerkschaften wie auch im sozialen Ausschuss des Reichstages angegriffen worden wegen der vielen Ueber- und Nebenschichten. Es gilt für sie daher zu beweisen, daß es erstens gar nicht so schlimm ist mit den Ueber- und Nebenschichten, zweitens aber die Ueber- und Nebenschichten notwendig sind. Weiter aber, daß selbst dann, wenn die Unternehmer auf die Ueber- und Nebenschichten verzichten und mehr Arbeiter einstellen wollten, wozu ernstlich für sie die Rede nicht sein kann, sie dies nicht tun könnten, weil es an geeigneten Hauern fehlt. Und sie beweisen, was zu beweisen war.

Nach den Feststellungen des Oberbergamts Dortmund sind im August dieses Jahres 1,67 Ueber- und Nebenschichten auf einen angelegten Arbeiter verfahren worden. Das Rechenexempel, die Anzahl der Ueber- und Nebenschichten auf die Gesamtbeschäftigung zu verweisen, wird durch einen der folgenden Nachsätze erläutert, wonach es selbstverständlich ist, daß diese Mehrarbeit nicht die Belegschaften aller Zechen gleichmäßig treffe. Damit ist die Aufmachung dieser „Feststellungen“ deutlich genug gekennzeichnet. Hinzu kommt, daß man Ende Oktober auf die Zahlen für August zurückgreift. Doch selbst die so gewonnenen Feststellungen werden abgemildert durch den Hinweis, daß in der Zahl der Ueber- und Nebenschichten auch Sonntags- und Reparaturarbeiten einbezogen seien, die im Jahresdurchschnitt 1925 etwa 0,7 bis 0,8 Schichten je Kopf und Monat betragen. Also sei im August im Durchschnitt nicht ganz eine Schicht auf einen Monat von 25 Arbeitstagen als Ueber- und Nebenschicht verfahren worden.

Derartige Schichten werden notwendig z. B. wegen dringender Lieferungsverpflichtungen, zufälliger Häufung von zur Verfügung stehenden Transportmitteln, aber auch als Ausfall für etwaige Feiertage, die im August 3,15 betragen haben, wobei ein Ausfall von 1,95 Schichten allein auf den Ausfall durch Krankheit entfällt.

Während also im August ohne den Ausfall durch Krankheit Feiertage von 1,20 eingelegt wurden, die ja auch nicht die Belegschaften aller Zechen gleichmäßig trafen, wurden zur gleichen Zeit 1,67 Ueber- und Nebenschichten verfahren, die ebenfalls nur einen Teil der Belegschaften, nicht die aller Zechen gleichmäßig belasteten. Sowohl die Bergarbeiter, die Feiertage machen mußten, wie die, die Ueber- und Nebenschichten machen mußten, mögen sich trösten, wenn sie aus den „Feststellungen“ ersehen, daß der Nachteil weder nach der einen oder der anderen Seite im Durchschnitt erheblich ist.

22 048 arbeitssuchende Bergarbeiter

waren am 15. Oktober gemeldet. Was aber die Zechen in erster Linie gebrauchen, sind Hauer. Unter den Arbeitslosen seien aber nur 8500 gefernete Hauer, der Rest setze sich aus Lehrhauern, Schürern und Logarbeitern zusammen. Von den 8500 arbeitssuchenden Hauern aber seien nur etwa die Hälfte Kohlenhauer. „Der Rest sind lediglich Reparaturhauer. Außerdem fehlt sich

die Zahl dem Alter nach zusammen aus 5141 Hauern über 45 Jahre und aus 3361 Hauern unter 45 Jahre.

Die über 45 Jahre alten Hauer

kommen aus einer Reihe von Gründen nur noch in beschränktem Umfange für eine Beschäftigung unter Tage in Frage.“

In der Anlage wird auf die erwerbslosen Bergleute in den Arbeitsnachweisbezirken Hamburg, Dinslaken und Duisburg verwiesen, insgesamt 1025, wozu angeblich 725 für eine bergmännische Arbeit unter Tage nicht mehr geeignet seien und zwar „wegen Invaldität, Krankheit usw.“, während von dem verbleibenden Rest von rund 300 immer noch etwa 40 Proz. solche Bergleute seien, „die ein Alter von über 45 Jahre haben und deswegen kaum noch für eine Anlegung in Frage kommen dürften“.

Aus diesen „Feststellungen“ spricht eine unglaubliche Brutalität. Abgesehen von dem Kunststückchen, aus 1025 arbeitslosen Bergarbeitern 845 fortzurechnen und nur noch 180 übrig zu lassen, ergibt sich die Frage, ob die Befehlgebung in Deutschland, die hier beeinflusst werden soll, den Raubbau sanktionieren kann oder aber ihm ein Ende machen muß. Der hier mit der Arbeitskraft getrieben wird, mit der Arbeitskraft von Bergarbeitern, die vielfach an die Scholle gefesselt sind.

Dieselben Herrschaften, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, die Arbeitskräfte rücksichtslos auszunutzen, sie „je nach Bedarf“ zeitweilig in Feiertage hungern zu lassen oder aber ihnen zermürbende Ueber- und Nebenschichten aufbürden, die den Arbeiter nach dem 45. Lebensjahre wie eine ausgequetschte Zitrone beiseite werfen, sie sind es, die auf der anderen Seite alle möglichen und unmöglichen Argumentationen gegen die Sozialgesetzgebung ins Feld führen und über soziale Belastung klammern. Und das im Namen der „Wirtschaft“ und im vorgehensweisen Interesse des gesamten Volkes, von dem sie „das drohende Unheil“ eines Rotgesetzes über den Achtstundentag abwehren wollen.

Richt der Raubbau, den die Fischenbarone an der Gesundheit der Bergarbeiter verüben, soll schuld daran sein, daß

„die Krankenziffer in erschreckender Weise gestiegen

ist“, sondern die Reizung der Bergarbeiter zum Faulenzen, was nicht direkt behauptet, aber doch recht deutlich angedeutet wird. Erst seit dem 1. Juli, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Knappschaftsgesetzes habe die Krankenziffer einen so großen Umfang angenommen, sei „auf einzelnen Schachtanlagen“ von 7 Proz. vor dem 1. Juli auf 15 Proz. nach dem gestiegen. Auch nur der Versuch einer Nachprüfung, sachliche Gründe für die Steigerung der Erkrankungsnummer zu finden, halten die Herren aus leicht begreiflichen Erwägungen heraus für überflüssig. Von berufener Seite wird deshalb die Ueber- und Nebenschichtenbewegung mit der Bewegung der Krankenziffer in Vergleich gestellt werden müssen.

Auf die weiteren „Feststellungen“ kommen wir noch zurück.

Achtstundentag im Transport- und Verkehrsgewerbe.

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation hat im Hinblick auf eine uneingeschränkte Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag ihre Mitgliedsorganisationen ersucht, im Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen Landeszentralen geeignete Schritte bei ihren Regierungen zu unternehmen, damit die Konvention nicht mit den Verschlechterungen ratifiziert wird, welche die bekannte Londoner Konferenz der Arbeitsminister über den Achtstundentag vorgesehen hat.

Gleichzeitig wandte sie sich an den Internationalen Gewerkschaftsbund mit der Bitte, diese Aktion zu unterstützen.

Rundgebung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Der Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes veranstaltete am 25. November, nachmittags 3 Uhr, im Hause des Reichswirtschaftsrates eine Rundgebung. Nach den Eingangsworten des 1. Vorsitzenden Georg Schmidt wird Dr. Baade von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik über die wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft berichtet. Die Lohnfrage in der Landwirtschaft erörtert das Vorstandsmittglied W. Bernier. Der Schriftleiter des „Landarbeiter“ E. Kuhnitz spricht über Sozialpolitik und Landwirtschaft, worauf Schlussworte des 2. Vorsitzenden P. Vohrke die Rundgebung abschließen.

Forderungen der Wäschefahrer.

Am Sonntag hielten im Gewerkschaftshaus die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Handwäscher, Wäscheputzer usw. eine überfüllte Versammlung ab. Die Ausführungen des Referenten über den Deutschen Verkehrsbund, sein Werden und Wirken wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion waren sich alle Redner einig, daß jeder Kollege agitieren müsse, bis auch der letzte Branchenangehörige organisiert sei.

Lebhafte Klage wurde darüber geführt, daß trotz vielfachen Hinweises auf die rote Kontrollkarte ein großer Teil organisierter Arbeiter und Parteigenossen, statt ihren Wäscheleveranten danach zu fragen, restlos ihre Wäsche von unorganisierten Fahrern einnehmen. Die Versammelten appellierten an das Solidaritätsgefühl ihrer Klassenossen und bitten sie, nur von Firmen Wäsche zu beziehen, deren Fahrer sich durch die vom DVB ausgestellte und allmonatlich abgestempelte rote Kontrollkarte über ihre Organisationszugehörigkeit ausweisen können.

Aum Schluß wurde eine Resolution eingebracht, in der der DVB ersucht wird, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die Einführung des Achtstundentages

einzusetzen. Die Versammelten verpflichten sich, allen Anordnungen des DVB. Folge zu leisten und ihn in seinem Vorgehen zu unterstützen.

„Bauarbeitersturz und Unfallverhütung.“

Zu dem Artikel in Nummer 545 des „Vorwärts“ geht uns von der Firma Aug. Janke, Köthener Straße 26, folgende Berichtigung zu:

„Der bedauerliche Unfall vor zirka sieben Wochen ist leider auf eigene Unvorsichtigkeit des Betroffenen zurückzuführen. Trotzdem schon am Tage vor dem Unfall Arbeitskollegen an der Herstellung der Schutzrüstung an dieser Stelle nach den Dispositionen des Bauführers und Polkers arbeiteten, befiel der Betroffene eine von ihm fertiggestellte Schnurmauer mit einem kleinen ausgefragten Gefirnistück und rutschte mit diesem ab.“

Der Verletzte gab selbst an, daß er mit seiner Arbeit an dieser Stelle bereits fertig war und er nicht nötig hatte, sich unvorsichtigerweise auf das frisch gemauerte Gefirn zu knien.

An Hilfsmaterial war reichlicher Vorrat vorhanden. Ein Verschulden des Polkers oder Bauleiters kommt nicht in Frage.“

Kein Schiedsgericht für den Bergbau.

London, 23. November. (W.T.B.) Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Premierminister Baldwin erhielt eine Mitteilung vom Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cook, daß die Bergleute die von der Regierung vorgeschlagenen Bedingungen für eine Regelung abgelehnt hätten. Diese Mitteilung bedeutet das Ende des Plans betreffend Einlegung eines nationalen Schiedsgerichts. In parlamentarischen Kreisen wird erwartet, daß die Bergarbeiter sich nicht durch Lohnvereinbarungen für die Dauer von drei Jahren binden wollten, sie seien der Ansicht, daß durch solche Lohnvereinbarungen ein zu hoher Preis für das Schiedsgericht gezahlt werden würde.

Streik im Saargebiet.

Saarbrücken, 23. November. (W.T.B.) Laut „Saarbrücker Zeitung“ sind die Bemühungen der Angestelltenvereine, noch in letzter Stunde mit dem Arbeitgeberverband bezüglich der Gehaltsforderungen der Angestellten zu Verhandlungen zu kommen, erfolglos geblieben. Entsprechend den vorausgegangen Beschlüssen treten die technischen Angestellten der Firma „Gesellschaft für Förderanlagen, Ernst Hebel“ als erste Staffel heute in den Streik.

Valley, West- und Schachtmeister-Bund. Morgen, Mittw., 7½ Uhr. Monatsversammlung im großen Saal Sophienstr. 17/18. „Der Kampf um den Achtstundentag“. Referent Otto Hädel.

Aus dem Arbeiterhaushalt.

Mit besonderer Genehmigung muß die soeben erschienene Arbeit des Statistischen Landesamts zu Hamburg begrüßt werden, die umfangreiche statistische Unterlagen für die Lebens-

Ausgaben einer Familie in Deutschland für die Ernährung 1907 und 1925

In Prozent der Lebensmittelausgaben.

Lebensmittel	1907	1925
Fleisch	19.59	15.69
Brot, Backware	14.09	13.35
Milch	9.62	8.09
Wurst, Aufschnitt	5.42	7.78
Fette (ohne Butter)	4.87	7.63
Butter	5.11	8.34
Obst	3.40	4.64
Eier	3.33	4.13
Zigarren, Süßigkeit	2.47	4.06
Gemüse	2.76	3.85
Kartoffeln	3.53	3.70
Käse	2.12	3.57
Kaffee	2.62	3.34
Zucker	2.37	3.10
Mehl, Nahrungsmittel	2.56	2.93

haltung minderbemittelter Familien enthält. Die auf Grund dieses statistischen Materials angefertigten Graphiken zeigen in vielfacher Beziehung wichtige Momente. Zunächst zeigt die in Nr. 547 des „Vorwärts“ gebrachte Graphik das betrieblende Bild, daß an Stelle der in der Vorkriegszeit überwiegenden tierischen Nahrungsmittel, vor allem Fette und Eiweißstoffe, jetzt durchweg pflanzliche Nahrungsmittel treten. Eine nähere Erklärung hierfür gibt die andere Graphik, auf der zu sehen ist, daß diese Verschiebung in erster Linie auf geringere Eiweißzufuhr in

Ausgaben einer Familie in Deutschland für die Lebensbedürfnisse 1907 und 1925

In Prozent der gesamten Ausgaben.

Lebensbedürfnis	1907	1925
Bekleidung	9.42	9.38
Miete	8.33	8.33
Versicherung	2.77	5.72
Steuern u. Rechtschutz	1.05	4.23
Bücher	2.52	2.88
Fahrtgeld	2.28	2.60
Beleuchtung	1.11	2.52
Wäsche	1.24	1.89
Beiträge, Vergnügen	1.20	1.73
Arzt	2.37	1.69
Arbeitsgeräte	0.33	1.02
Schuldabtrag, Zinsen	0.92	0.75
Schule	0.59	1.56
Ersparnisse	0.58	1.84

Fleisch und Milch, sowie Butter zurückzuführen ist. Aber nicht nur die Ernährung, sondern auch die Ausgaben für die anderen wichtigen Lebensbedürfnisse zeitigen jetzt ungünstige Merkmale, wie sie auf der zweiten Graphik voranschaulicht sind. Nur die Ausgaben für die Miete sind wesentlich geringer als früher. Die meisten Ausgaben sind aber bedeutend höher geworden, so z. B. Steuern und Rechtschutz fast verdreifacht, Beleuchtung und Versicherung verdoppelt. Bezeichnend ist aber zu gleicher Zeit, daß die Ausgaben für den Arzt, Schule, Schuldenabtragung und Ersparnisse bedeutend geringer geworden sind. Die Graphiken zeigen eben daß die breite Masse der deutschen Bevölkerung sehr schlecht lebt und daß sich maßgebende Stellen mit diesem Problem viel eingehender beschäftigen sollten, als dies bisher der Fall war.

Berichtsmittel: Dr. Gust. Geiger; Wirtschaft: Armin Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: Robert Gehrman; Statistik: R. G. Gehrman; Soziale und Politische: Felix Gehrman; Anzeigen: H. Gehrman; Geschäftlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Kaufen Sie:

Teppiche, Tisch- u. Diwanddecken Gardinen

nur bei uns im

Spezialgeschäft

Sie werden kulant, aufs beste und außerordentlich billig bedient.

Enorme Auswahl erskl. Fabrikate

Ohne Aufschlag liefern wir die Ware sofort bei Anzahlung und bequemen Ratenzahlungen

Sächsisches Gardinen- u. Einrichtungs- Haus

nur Neukölln Hermannstr. 32

Elserne

Oefen

Auf Oefen, eiserne und transport. Kachelöfen, eiserne Kochmaschinen 10% Rabatt

C. F. W. Lademann Söhne
Wallstr. 84-85

Adolf Hoffmann

Knorke

Schulhumoreske mit Illustrationen von Willi Steiner

Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen

Julhofers

Kaffee Tee

Von erlesener Güte

Schutzmarke

HUNDE

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

Hierzilline Poliklinik

Chausseestraße 93

neuen Kriegervereinshaus

Erreichbar von 11-1 u. 6-6 Uhr

Küchen auf Abzahlung

(konkurrenzlos billig) — 30 verschiedene Muster in bester Ausführung von M. 45 an.

Ankleideschränke, Beistellen, Waschkommoden, Nachtschränke

Bei geringer Anzahlung sofortige Lieferung.

Küchenmöbel-Fabrik - Lager

Berlin O. 27
Adolf Zebrowski, Penl-Singer-Str. 84
Telephon: Alex. 2008.

Berliner Elektriker Genossenschaft

angesch. dem Verb. sog. Saubetrieb

Berlin N. 24, Eisbasser Str. 86-88

Fernsprecher: Norden 652-65-0

Filiale Westen, Wilmerdor Landhausstr. 4. Tel.: Platzbur 9831

Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königsstadt 146

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausführ. sämtl. Reparaturen

Preiswerte, red. etene Arbeit

Unter der Aufsicht der Herren

Leyp und Zaunert-Druck

Herrn Karl Krottmann, Berlin, Schöneberg 72, Herrmannstraße 10, Berlin, Schöneberg, Herr Carl Zebrowski, Berlin, W. Kriegerstraße 2, Herr Ernstmann, Berlin, Kriegerstraße 2, Herr Ernstmann, Berlin, Kriegerstraße 2.

Photoapparate, Feldstecher

Kaufen Sie gut und preiswert im Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98